



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration  
am 25. März 2014

DITIB - Türkisch-Islamischer Kulturverein, Holzstr. 36, 65197 Wiesbaden

---

**Vorsitz :** Michaela Apel (SPD)

Anwesende Ausschussmitglieder: siehe Anlage 1  
Ferner anwesend: siehe Anlage 2  
Tagesordnung: siehe Anlage 3  
Veröffentlichung: siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil): 17:00 Uhr** **Ende: 19:00 Uhr**

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. 17/14)

(Drucksachenband 182)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Herr Aylar den Ausschuss in den Räumen von DITIB und stellt kurz die Arbeit des Vereins vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass Herr Maierl seine Frage direkt bei Aufruf des Tagesordnungspunktes 9 stellen wird.

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

## öffentliche Sitzung

### 0022      Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

### 0023      Genehmigung der Niederschrift vom 04.02.14

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 04.02.2014 wird genehmigt.

Einstimmig

### 0024      14-A-21-0001

Verlegung von Stolpersteinen

Frau Lutz-Kopp, Herr Dr. Pieperhoff und Herr Schwemmer vom Aktiven Museum Spiegelgasse sind zu diesem Punkt anwesend.

Sie berichten, dass es in einigen Fällen Einwände von Seiten der Hausbesitzer gegen die Verlegung von Stolpersteinen gegeben hat. Es sind im Verhältnis zu den mittlerweile über 500 verlegten Steinen nur rd. 10 Einwände, aber für das Gedenken an jedes Opfer ist es dann doch erheblich. Gerade den Paten oder Angehörigen ist es schwer zu vermitteln, dass es Probleme bei der Verlegung gibt. Man wolle die Probleme nicht zu hoch hängen und damit nicht in die Öffentlichkeit gehen, denn der Schuss könne nach hinten losgehen, da es unterschwellig eine gewisse Abneigung gegen die Stolpersteine gäbe.

Der Beschluss des Ausschusses aus dem Jahr 2004 zu den Stolpersteinen ist bekannt.

In Frankfurt hat man das Problem anders gelöst - da muss niemand um Erlaubnis gefragt werden, da Straßen öffentlicher Raum sind.

Der Wiesbadener Beschluss sei auslegungsfähig. Ein Austausch der Argumente sei erfolgt, ohne dass eine Einigung erzielt worden wäre. Man wünsche sich ein Grundsatzgespräch, damit eine umsetzbare Arbeitsgrundlage geschaffen wird.

Herr Knüttel entschuldigt zunächst Stadträtin Scholz und berichtet dann, dass immerhin mehr als 500 Steine ohne Probleme verlegt werden konnten. Das Verfahren habe bisher gut funktioniert. Im Herbst

## Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 25. März 2014

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

vergangenen Jahres habe es dann plötzlich eine andere Dimension erreicht. Im Moment sei es misslich, dass es konkret 2 Fälle gegeben hat, wo es zu einer Kontroverse gekommen ist.

Frau Lutz-Kopp weist darauf hin, dass dem Aktiven Museum die Verständigung und das Einverständnis mit den Hauseigentümern sehr am Herzen liegen. Sie habe im Herbst unglaubliche Briefe erhalten. Man habe keinen Alternativstandort gefunden.

Stv. Kisseler betont, dass seine Fraktion nach wie vor zu dem Projekt Stolpersteine stehe, man wolle eine Lösung finden. Er bedauert es, dass in der Sitzung nur die SPD juristisch vertreten sei. Der Jurist seiner Fraktion meine, dass man sich als Hausbesitzer nicht auf das Benehmen zurückziehen könne. Jeder Stein sollte verlegt werden. Er regt an, den Magistrat um Prüfung zu bitten, welche Beschlussfassung nötig ist, um so wie in Frankfurt agieren zu können.

Herr Ulrich (Kulturamt - Stadtarchiv) sieht das Verlegen der Stolpersteine positiv und kann nur bestätigen, dass das Aktive Museum mit sehr viel Sachverstand und Sensibilität an das Thema herangeht. Es gab 10 bis 12 Fälle, in denen es zu Problemen kam (das sind ca. 2 %), aber diese haben enorm viel Arbeit gemacht. In den Niederlanden, Polen usw. seien mittlerweile ca. 2.000 Steine verlegt worden. Das ist das größte dezentrale Mahnmahl der Welt. Aber das Gedenken könne man nicht gesetzlich verordnen.

Stv. Schickel möchte wissen, mit welcher Begründung die Verlegung abgelehnt wurde. Sei es eine antisemitische Haltung, befürchte man eine Wertminderung des Grundstücks. Er erklärt zum Zustandekommen des Projekts, dass es ein Bürgerprojekt war und ist. Das "Benehmen" sei ein unbestimmter Rechtsbegriff, der allerdings ein politischer Kompromiss war. Bei ganz strikter Ablehnung des Hausbesitzers mache das Verlegen der Stolpersteine einfach keinen Sinn. Die Verlegung finde auf städtischem Grund statt und die Landeshauptstadt Wiesbaden hat sich zu den Stolpersteinen bekannt.

Lt. Frau Lutz-Kopp wagt es niemand, offen antisemitisch zu argumentieren. Es habe sich auch bisher niemand Israel-feindlich geäußert. Aber es kommen Argumente wie:

Es muss doch endlich mal Schluss sein.

Ich habe mit den Leuten nichts zu tun.

Es gibt andere Mahnmale.

Uns setzt auch keiner ein Denkmal, wir haben auch gelitten.

Wir haben das Haus nach dem Krieg erworben, haben uns nicht an den Juden bereichert.

Eine Entwertung der Immobilie wird erwartet.

In einem speziellen Fall waren die asiatische Ehefrau und die Tochter ausländerfeindlichen Angriffen ausgesetzt. Gedenksteine vor dem Haus würde diesen Menschen das eigene Schicksal immer wieder vor Augen führen.

Zum Argument der Entwertung der Grundstücke lägen mittlerweile Gerichtsurteile vor. Aus ihnen geht hervor, dass die Stolpersteine den Wert der Immobilie nicht beeinflussen. Da es sich um öffentlichen Grund handele, täten die Steine keinem weh. Dies wurde durch alle Instanzen bestätigt.

Die Hausbesitzer bekämen immer die Möglichkeit zur Stellungnahme, man böte immer Gespräche an.

Stv. Weck informiert die Vertreter/innen des Aktiven Museums darüber, dass sie sich zuerst an das Dezernat von Frau Stadträtin Scholz wenden müssten. Er könnte sich vorstellen, dass der Magistrat

**Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 25. März 2014**

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

dem Ausschuss andere Möglichkeiten zur Umsetzung aufzeigen könne. Die Ausschussmitglieder sollten sich wegen einer Konkretisierung ebenfalls Gedanken machen. Das alles braucht Zeit und Sorgfalt. Daher regt er an, zunächst die Gespräche auf Dezernatsebene abzuwarten. Danach könne sich der Ausschuss Gedanken machen.

Vors. Apel äußert sich Bezug auf den 4. Dickpunkt des damaligen Beschlusses wie folgt:  
Sie gibt die fachliche Einschätzung ab, dass der bestehende Beschluss eben kein Einvernehmen mit den Hausbesitzern voraussetzt, sondern lediglich ein Benehmen, was eine Gelegenheit zur Stellungnahme ist. Über eine ablehnende Stellungnahme kann man sich hinwegsetzen und das zur Not auch gerichtlich durchsetzen. Um das gerichtsfest zu machen, muss das Anhörungsverfahren so ausgestaltet und gesichert werden, dass die Möglichkeit zur Stellungnahme formell abgesichert ist.  
Vors. Apel regt an, das dieses Verfahren zwischen AMS und Dezernat erarbeitet und gefestigt werden soll.

Auf Hinweis von Stv. Dumont du Voitel berichtet Frau Lutz-Kopp, dass es vorkam, dass Eigentümer nicht in den Verdacht geraten wollten, dass sie sich an den jüdischen Vorbesitzern bereichert haben. Man habe aber dann mit den Eigentümern besprochen, was die Intention des Projekts sei. Meistens werden die Steine vor Häusern verlegt, wo die Menschen noch unbehelligt und in Frieden leben konnten. Die Meisten wurden nicht aus diesem Haus deportiert.

Stv. Dr. Wittkowski erklärt, dass man einen Rechtsstreit möglichst vermeiden solle. Man soll einen friedlichen Weg finden, denn Nachgeben sei in diesem Fall förderlicher.

Herr Dr. Pieperhoff weist darauf hin, dass Schicksale recherchiert werden. Man wolle den Opfern ihre Identität zurückgeben. Wenn Steine nicht verlegt werden können, kommen diese in den Fundus. Damit sei das Ziel allerdings nicht erreicht.

Stv. Schickel bezeichnet sich als einen der geistigen Väter des Projekts. Auch wenn es im Einzelfall bedauerlich wäre, befürchtet er, dass es dem Projekt insgesamt schaden würde, wenn versucht, die Verlegung mit allen Mitteln durchzudrücken. Man sollte es nicht erzwingen.  
Er erwartet, dass der Ausschuss über den Ausgang des Gesprächs zwischen dem Aktiven Museum und Dezernat V unterrichtet wird.

Auch Herr Dr. Pieperhoff möchte den Ball flachen halten. Aber er möchte daran appellieren, die Schwelle hochzulegen und nicht ein einfaches NEIN zu akzeptieren.

Auf Nachfrage von Stv. Seipel-Rotter berichtet Frau Lutz-Kopp, dass es Probleme bei Einfamilienhäusern und nicht bei Mehrfamilienhäusern gab. In einigen Fällen haben die Ortsbeiräte mit dafür gesorgt, dass die Wogen geglättet werden konnten. Die Eigentümer waren nach wie nicht wirklich einverstanden, haben aber die Steine dann doch verlegen lassen.

Der Ausschuss wird sich mit dem Thema weiter beschäftigen, sobald das Gesprächsergebnis vorliegt.

**0025            14-F-33-0033**

Mehr Migranten in sozialen Berufen  
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 19.03.2014 -

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 25. März 2014

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Stv. Dumont du Voitel verweist auf den Bericht der Berufsfeuerwehr zum Antrag „Bürger/innen mit Migrationshintergrund in die Feuerwehr!“ aus dem Jahr 2008. Sie erinnert an die Ausführungen von Herrn Hartenfels (Berufsfeuerwehr), dass es der Feuerwehr trotz vielfältiger Bemühungen nicht gelungen sei, den Anteil von Bürger/innen mit Migrationshintergrund in den Feuerwehren zu erhöhen.

Der Antrag wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig angenommen

**0026 14-F-03-0041**

Wiesbaden ist Fair-Trade-Stadt  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis90/Die Grünen vom 13.03.2014 -

Stv. Dr. Wittkowski weist darauf hin, dass Ziffer 5 des Antrages zu unbestimmt sei.

Stv. Kisseler erklärt, dass Ziffer 5 des Antrages entfallen kann.

Über den Antrag in geänderter Form wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig angenommen

**0027 14-F-08-0017**

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 19.03.2014 -

Stv. Seipel-Rotter hält es für sinnvoll, dass jede Fraktion in der Steuerungsgruppe vertreten ist.

Lt. Stv. Dr. Wittkowski geht davon aus, dass die Steuerungsgruppe zu sehr aufgebläht würde, wenn man dem Antrag folgen würde. Eine bestimmte Gruppengröße sollte nicht überschritten werden, weil eine zu große Gruppe nicht händelbar sei, Punkte würden zerredet und es würde Parteipolitik gemacht.

Stv. Kisseler kann nachvollziehen, dass sich Linke&Piraten beteiligen möchten. Aber auch für ihn ist die Gruppengröße entscheidend für die Arbeitsfähigkeit der Steuerungsgruppe. Er könne sich aber vorstellen, dass die jetzt vertretenen Fraktionen nicht alle ihre Sitze selbst beanspruchen und evtl. andere Fraktion fragen, ob sich diese beteiligen möchten.

Stv. Dumont würde dem Antrag zustimmen, denn kleine Fraktionen sollen ihrer Meinung nach nicht untergebuttert werden.

Stv. Schickel weist noch einmal darauf hin, dass die Steuerbarkeit einer Gruppe von 18 Personen (geplante Besetzung) schon grenzwertig sei. Daher folge seine Fraktion dem Antrag nicht. Aber die An

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 25. März 2014

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

deutung von Stv. Kisseler nimmt er als Denkanstoß mit. Eine Absichtserklärung gibt er allerdings auf Nachfrage von Stv. Gaedeke nicht ab.

Die Sitzungsvorlage sollte allerdings ohne Änderungen beschlossen werden.

Der Antrag von Linke&Piraten wird wie folgt abgestimmt:

gegen Linke&Piraten und FDP bei Enthaltung Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt

**0028            14-V-12-0001**

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden

Herr Simon berichtet, dass Wiesbaden nach 6 Monaten Vorlauf fast am Start des dialogischen Prozesses angelangt. Er berichtet über die bisherigen Aktivitäten und geht davon aus, dass die hier zur Abstimmung stehende Sitzungsvorlage am 03.04.14 in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden wird.

Die Steuerungsgruppe werde sich dann Ende Mai/Anfang Juni 14 formieren. Die wissenschaftliche Begleitung und die externe Moderation sind die nächsten Schritte. Die Auftragsvergabe dazu soll vor den Sommerferien, die Auftaktveranstaltung nach den Sommerferien erfolgen.

Stv. Schickel bedankt sich für die Vorarbeiten und ist erfreut, dass Oberbürgermeister Gerich diesen Punkt aufgegriffen hat.

Stv. Gaedeke fragt nach, wie die Verwaltung dieses Projekt sähe und wie sich gerade Amt 12 motiviere, da erheblich mehr Arbeit auf die Kolleg/innen zukäme.

Dazu erklärt Herr Simon, dass nach der Lokalen Agenda im Jahre 2001 zunächst keine Resonanz erfolgte, das Projekt dann 2005 wieder aufgegriffen wurde. Andere Städte hätten uns überholt. Er ist ebenfalls froh, dass der Oberbürgermeister das Projekt nun anstößt. Man habe sich motivierte und willige Mitarbeiter/innen gesucht und wolle alles mit Sorgfalt vorbereiten. Auf Nachfrage von Vors. Apel teilt Herr Simon mit, dass Moderation und die Evaluation nicht von einem Institut durchgeführt wird.

Enthaltung Linke&Piraten

**0029            14-F-05-0004**

Tätigkeit des Präventionsrates  
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 17.03.2014 -

Der Antrag wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig angenommen

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 25. März 2014

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**0030 14-F-33-0034**

Freiwilligendienstausweise  
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 19.03.2014 -

Der Antrag wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig angenommen

**0031 14-F-03-0042**

Bürgerreferat - Bürgerbeteiligung  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis90/Die Grünen vom 19.03.2014 -

Nach der Begründung des Antrages durch Stv. Kisseler erklärt Stv. Dr. Wittkowski, dass Ziffer 1 des Antrages nach seiner Auffassung nichts mit Bürgerbeteiligung zu tun hat. Ziffer 2 des Antrages könne er sich nicht anschließen, da zwischenzeitlich eine Lenkungsgruppe eingerichtet wurde, die sich mit dem Thema befassen wird.

Stv. Schickel beantragt getrennte Abstimmung des Antrages.

Stv. Kisseler stellt klar, dass es zu Ziffer 1 zu Verschiebung der Zahlen seit 2008 gekommen sein kann und er gern über Erfahrungen in diesem Bereich auch verfügen möchte. Es wäre schade, wenn die Politik nicht an Zahlen herankäme, die der Verwaltung vorliegen.

Stv. Schickel teilt mit, dass das Bürgerreferat Dezernat I angegliedert ist und er der Ziffer 1 zustimmen wolle.

Der Antrag wird wie folgt getrennt abgestimmt:

getrennte Abstimmung:  
Ziffer 1 einstimmig angenommen  
Ziffer 2 gegen Grüne und Linke&Piraten abgelehnt

**0032 14-F-08-0018**

Unterbringung von Flüchtlingen  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 19.03.2014 -

Stv. Seipel-Rotter begründet den Antrag.

Dr. Delbasteh wirft ein, wie viele Attacken es konkret wo gegen Asylbewerberheime in Wiesbaden gegeben habe.

**Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 25. März 2014**

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Stv. Dr. Wittkowski könnte sich vorstellen, dass Linke&Piraten krampfhaft nach einem Thema gesucht haben, aber es gab nichts. Er versteht den Sinn des Antrages nicht ganz. Wenn der Antrag jetzt angenommen würde, könnte dies eher kontraproduktiv sein und schlafende Hunde wecken. Er sieht keinen Anlass, den Magistrat mit diesem Antrag zu beschäftigen.

Herr Maierl (Bürgerliste Wiesbaden) wird als sachkundiger Bürger zur Diskussion bei diesem Punkt zugelassen und möchte gern wissen, ob sich der Antrag auf Wiesbaden bezieht und wenn ja, wann und wo es zu Übergriffen gekommen ist.

Stv. Weck kennt Berichte zu Beispielen in Berlin und über Proteste in Mainz. Er möchte vermeiden, dass der Verwaltung eine Fleißarbeit aufgebürdet wird. Er hält den Antrag auch für typisch für Linke&Piraten - man lässt sich Zahlen geben und macht nichts damit.

Stv. Schickel geht nach dem Lesen des 1. Satzes davon aus, dass Wiesbaden betroffen ist, aber das entspricht nicht den Tatsachen.

Stv. Kisseler erklärt, dass er zwar auch neugierig sei, fragt aber nach, wer den konkret in der Fraktion Linke&Piraten diese Informationen haben möchte. Man müsse es bei den Anträgen ja nicht übertreiben.

Der Antrag wird wie folgt abgestimmt:

Gegen Linke&Piraten bei Enthaltung Grüne abgelehnt

**0033            13-A-02-0011**

Neufassung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

Stv. Seipel-Rotter begründet den Änderungsantrag, der wie folgt abgestimmt wird:

Ziffer 2 und 3 gegen Linke&Piraten abgelehnt  
Ziffer 5 Enthaltung Linke&Piraten abgelehnt.

Der Beschluss des Ältestenausschusses wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig angenommen

**0034            12-F-08-0107**

Öffentliche Sitzungen des Ältestenausschusses  
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 19.09.2012 -

Dieser Antrag ist durch vorhergehende Abstimmung erledigt.



Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 25. März 2014

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Einstimmig

**0035 13-F-33-0095**

Bedarfsgerechte Pflege von älteren Migranten  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 06.11.2013  
-

Der Antrag hat durch den vorgelegten schriftlichen Bericht seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

**0036 Verschiedenes**

1. Das 50-jährige Bestehen der Städtepartnerschaft mit Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Vorschlag des Ausländerbeirates vom 18.03.2014, für das diesjährige Integrationsgespräch das Thema „Fachkräftemangel/ EU-Osterweiterung“ vorzusehen, wird für das Integrationsgespräch 2015 vorgemerkt

Anlagen

Wiesbaden, .05.2014

**Vorsitzende**

**Schriftführer**

**Weitere Schriftführerin**

Apel

Weck

Koba